Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister - Dezernat V Amt Amt 51	Datum 20.04.2016 **Öffentlichkeitsstatus** öffentlich

I N F O R M A T I O N **I0112/16**

Beratung	Tag	Behandlung
Der Oberbürgermeister	10.05.2016	nicht öffentlich
Jugendhilfeausschuss	26.05.2016	öffentlich
Stadtrat	16.06.2016	öffentlich

Thema: Information zum Bundesprogramm Demokratie leben - Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit, Programmbereich "Partnerschaften für Demokratie" für die Landeshauptstadt Magdeburg

Die Landeshauptstadt Magdeburg hat im Zeitraum 2007 bis 2014 erfolgreich am Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ im Programmbereich „Lokaler Aktionsplan“ (LAP) teilgenommen. Mit dem Lokalen Aktionsplan ist es gelungen, Akteure aus den Verwaltungen, der Politik, der Wirtschaft, Polizei und der Zivilgesellschaft in funktionierenden Arbeitsgremien zur Entwicklung und Umsetzung eines gemeinsamen strategischen Vorgehens zur Stärkung der Demokratie vor Ort zusammenzuführen.

Vor dem Hintergrund dieser positiven Bilanz des LAP Magdeburg ist es Ziel der Landeshauptstadt Magdeburg, die Sicherung der Nachhaltigkeit der aufgebauten Arbeitsstrukturen sowie die langfristige Fortführung erfolgreicher Maßnahmen und Projekte des Lokalen Aktionsplanes in der Kommune weiter zu gewährleisten.

Die aufgebauten Arbeitsstrukturen (Begleitausschuss und Koordinierungsstelle) werden deshalb strukturell und personell dauerhaft in der Landeshauptstadt Magdeburg verankert.

Um dieses Ziel weiter zu verfolgen nahm die Landeshauptstadt Magdeburg an dem Interessenbekundungsverfahren für das neue Bundesprogramm Demokratie leben - Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit, Programmbereich „Partnerschaften für Demokratie“ (Beginn 01.Januar 2015) teil und erhielt nach Antragstellung einen Zuwendungsbescheid in Höhe von 55.000 EUR sowie die Möglichkeit bis zum Jahr 2019 am Bundesprogramm „Demokratie Leben“ teilzunehmen (jährlich sind hierfür Förderanträge zu stellen).

Durch das neue Bundesprogramm werden in ganz Deutschland kommunale Gebietskörperschaften (Städte, Landkreise und kommunale Zusammenschlüsse) unterstützt, „Partnerschaften für Demokratie“ als strukturell angelegte lokale bzw. regionale Bündnisse aufzubauen. (Nähere Programminformationen finden Sie unter http://www.demokratieleben.de.)

Über das Bundesprogramm wird angestrebt, Kinder und Jugendliche frühzeitig an Toleranz und Teilhabe als Grundpfeiler der demokratischen Gesellschaft heranzuführen, sie gegen extremistisches Gedankengut zu stärken und für ein vielfältiges, tolerantes und demokratisches

Miteinander zu begeistern. Mit dem Programm sollen Initiativen und Vereine langfristiger und nachhaltig unterstützt sowie feste Strukturen vor Ort ausgebaut und gestärkt werden.

Gemäß Änderungsbescheid vom 15. März 2016 fließen aus dem Bundesprogramm Zuwendungsmittel in Höhe von max. 80.000 EUR pro Förderjahr (2015 waren es 55.000 EUR).

Die Fördersumme schlüsselt sich wie folgt auf:

- max. 45.000 EUR pro Förderjahr für die externe Koordinierungs-/Fachstelle
- max. 20.000 EUR pro Förderjahr für den Aktions-/Initiativfond
- max. 5.000 EUR pro Förderjahr für den Jugendfonds
- max. 10.000 EUR pro Förderjahr für Partizipations-, Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit

Ab dem zweiten Förderjahr ist die Förderung des Aktions- und Initiativfonds sowie des Jugendfonds von einer Mitfinanzierung durch die Kommune (Eigenmittel) bzw. der Einbringung von Drittmitteln abhängig und zwar wie folgt:

	Aktions- und Initiativfonds	*Jugendfonds*
• zweites und drittes Förderjahr:	4.000 EUR / Jahr	1.000 EUR / Jahr
• ab dem vierten Förderjahr:	8.000 EUR / Jahr	2.000 EUR / Jahr

Gemäß interfraktionellem Antrag A0019/16 beschloss der Stadtrat mit Beschluss-Nr. 841-025(VI)16 einstimmig die Bereitstellung der benötigten Kofinanzierungsmittel im Rahmen des Haushaltes 2016. Darüber hinaus werden die für die Folgejahre benötigten Mittel bei der Haushaltsplanung der Landeshauptstadt für die Jahre 2017 bis 2019 berücksichtigt.

Laut Leitlinien des Bundesprogrammes Demokratie leben - Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit muss ein Jugendforum (der Jugendfond soll dort verwaltet werden) gegründet werden. Der Begleitausschuss hat über dessen Gründung beraten und hält es für sinnvoll, ein neues Jugendforum bei bereits existierenden Strukturen anzusiedeln, um Doppelstrukturen zu vermeiden und nachhaltige Veränderungen zu ermöglichen. So übernimmt der StadtJugendRing Magdeburg e. V. die organisatorische Verantwortung für das Jugendforum (das Konzept wurde im Begleitausschuss bestätigt).

2015 wurden insgesamt 9 Projekte bewilligt, für die mehr als 52.000 EUR von der Regiestelle abgefordert wurden.

Die Umsetzung des Bundesprogramms im Fördergebiet der Landeshauptstadt Magdeburg begann im Jahr 2015 zunächst mit der Neukonstituierung des Begleitausschusses, welcher zum großen Teil aus dem Teilnehmerkreis des Begleitausschusses „LAP Magdeburg“ hervor gegangen ist.

Die Netzwerkstelle Demokratisches Magdeburg und das Jugendamt der Landeshauptstadt luden im November 2015 alle relevanten zivilgesellschaftlichen Akteure, entsprechende Einrichtungen und Verantwortliche aus Politik und Verwaltung zu einer Demokratiekonferenz ein. Auf dieser wurden die Ziele und die Ausrichtung für die weitere Arbeit des Projektes „Partnerschaft für Demokratie Magdeburg“ reflektiert und bestimmt. Es ist geplant, jährlich diese Konferenz durchzuführen und somit die Zielstellungen den aktuellen Bedarfen der Landeshauptstadt Magdeburg anzupassen.

Die übergeordneten Ziele des Bundesprojektes sind

1. Die Unterstützung und Förderung von zivilem Engagement und demokratischem Verhalten auf der kommunalen, regionalen und überregionalen Ebene
2. Die Unterstützung von Vereinen, Projekten und Initiativen, die sich der Förderung von Demokratie und Vielfalt widmen und insbesondere gegen Rechtsextremismus und Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie z.B. Rassismus und Antisemitismus arbeiten.

Folgende Leit-, Mittler- und Handlungsziele der Partnerschaft für Demokratie in der Landeshauptstadt Magdeburg wurden bei der Demokratiekonferenz und im Begleitausschuss diskutiert und beschlossen:

1 Stärkung der demokratischen und politischen Kultur zur Prävention von Rechtsextremismus und Rassismus

1.1 Weiterentwicklung und Koordinierung der seit Beginn des Lokalen Aktionsplans entstandenen Netzwerke

1.1.2 Aktive Mitarbeit der Landeshauptstadt Magdeburg in überregionalen Netzwerken (wie ECCAR-Städtekoalition gegen Rassismus, „Kommunen gegen Rechtsextremismus“)

1.1.3 Einführung des Slogans „Otto lebt Demokratie“ als Dachmarke für Aktivitäten für Demokratie und Weltoffenheit in Magdeburg

1.2 Förderung des demokratischen Engagements sowie der Partizipation von Kindern und Jugendlichen

1.2.1 Fortführung und Erweiterung des lokalen Netzwerks der „Schulen ohne Rassismus“ und Einbeziehung weiterer interessierter Schulen

1.2.2 Fachliche Begleitung interessierter Jugendlicher in ihren Initiativen zur Umsetzung des Projektes „Schule ohne Rassismus“

1.3 Stärkung kommunaler Akteure und Netzwerke gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sowie für Demokratie

1.3.1 Sensibilisierung und Fortbildung von Akteur/-innen im Bildungs- und Sozialbereich zu Demokratieförderung, Rechtsextremismus und Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

1.3.2 Fortbildungen für die Kommunalverwaltung zur Demokratieförderung, interkulturelle Kompetenzen, Rechtsextremismus und Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

1.4 Auseinandersetzung mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der Mitte der Gesellschaft

1.4.1 Einwicklung und Umsetzung von neuen Formaten, um neue Zielgruppen zu erreichen

1.4.2 Förderung eines respektvollen Umgangs und einer demokratischen Alltagskultur

1.5 Förderung der Erinnerungs- und Gedenkkultur

2 Förderung des interkulturellen Zusammenlebens

2.1 Stärkung der Partizipation und Wahrnehmung von Migrant/-innen und ihrer Organisat ionen

2.1.1 Migranten/-innen engagieren sich in lokalen Gremien und Institutionen

2.1.2 Migranten/-innenselbstorganisationen (MSO) werden stärker in lokale Netzwerke eingebunden

2.2 Beratung und Begleitung von Migranten/-innenselbstorganisationen

2.2.1 Vertreter/-innen von MSO sind Akteure bei der Konzeption und Durchführung von Projekten, die sich insbesondere am Rahmenkonzept Integration orientieren

2.3 Förderung von Integration und Vielfalt

2.3.1 Entwicklung und Umsetzung von Handlungskonzepten zur Förderung einer weltoffenen Stadtkultur

2.3.2 Förderung der Akzeptanz religiöser Vielfalt

2.3.3 Förderung von interkulturellem und interreligiösem Austausch

2.3.4 Stärkung der Willkommensbündnisse

3 Förderung von Zivilcourage und zivilgesellschaftlicher Meinungsäußerung

3.1 Förderung des Engagements gegen rechtsextreme Aktivitäten

3.1.1 Gewinnung neuer Mitglieder und Bündnispartner für die zivilgesellschaftlichen Strukturen im Engagement gegen rechtsextreme Aktivitäten

3.1.2 Verschiedene zivilgesellschaftliche und kommunale Akteure werden in die Vorbereitungen zu Aktionen gegen rechtsextreme und rassistische Ereignislagen einbezogen.

3.2 Steigerung des Bekanntheitsgrades der Partnerschaft für Demokratie und der damit verbundenen Initiativen und Inhalte

3.2.1 Ausbau der Kontakte zu den (lokalen) Medien und Einbeziehung in die themenrelevanten Netzwerke

3.2.2 Die Inhalte der Partnerschaft für Demokratie werden in lokale Medien (online und offline) eingebracht.

3.3 Fortführung von Aktivitäten zur Förderung von Zivilcourage im Rahmen von „Otto greift ein“

3.4 Stärkung von Gruppen, die im Fokus von rechter oder rassistischer Gewalt stehen

3.4.1 Förderung von Kompetenzen zur Deeskalation in Bedrohungssituationen
(Beschluss des Begleitausschusses am 23. März 2016)

Auf der Grundlage dieser sehr anspruchsvollen Zielsetzungen und in Kooperation mit einer Vielzahl von Partnern erfolgt die Umsetzung des Programms im Fördergebiet der Landeshauptstadt Magdeburg.

Borris